

Antrag

der Abgeordneten Klaus Lennartz, Susanne Kastner, Lieselott Blunck (Uetersen), Horst Sielaff, Michael Müller (Düsseldorf), Hermann Bachmaier, Friedhelm Julius Beucher, Ursula Burchardt, Marion Caspers-Merk, Peter Conradi, Dr. Marliese Dobberthien, Ludwig Eich, Lothar Fischer (Homburg), Arne Fuhrmann, Monika Ganseforth, Karl Hermann Haack (Extertal), Dr. Liesel Hartenstein, Renate Jäger, Klaus Kirschner, Siegrun Klemmer, Dr. Hans-Hinrich Knaape, Horst Kubatschka, Dr. Klaus Kübler, Ulrike Mehl, Jutta Müller (Völklingen), Dr. Helga Otto, Horst Peter (Kassel), Dr. Martin Pfaff, Manfred Reimann, Gudrun Schaich-Walch, Otto Schily, Horst Schmidbauer (Nürnberg), Regina Schmidt-Zadel, Karl-Heinz Schröter, Dietmar Schütz, Dr. R. Werner Schuster, Ernst Schwanhold, Antje-Marie Steen, Dr. Peter Struck, Uta Titze-Stecher, Hans Georg Wagner, Wolfgang Weiermann, Reinhard Weis (Stendal), Matthias Weisheit, Dr. Axel Wernitz, Hans-Ulrich Klose und der Fraktion der SPD

Vermeidung und Verhinderung von Pflanzenschutzmittelrückständen in Lebensmitteln

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Berichte in den Medien über Lindan in Babynahrung haben die Verbraucherinnen und Verbraucher verunsichert. In der Öffentlichkeit und im Deutschen Bundestag wurde über Lücken im Gesetz diskutiert, die verhindern, daß frühzeitig über festgestellte Grenzwertüberschreitungen und verbotene Rückstände gefährlicher Stoffe die Öffentlichkeit von den Behörden informiert wird. Der neueste Fall von Lösemitteln und Benzol in Olivenöl hat dies erneut deutlich gemacht. Es besteht nach dem Birkel-Fall Rechtsunsicherheit.

Da Gesundheitsschutz Vorrang vor Wirtschaftsinteressen haben muß und die Verbraucherinformation über Umweltbelastungen in der EG-Richtlinie über freien Zugang zu Umweltinformationen zugunsten der Bürgerinnen und Bürger vorge-schrieben ist, müssen dafür gesetzliche Regelungen getroffen werden.

Der Fall Lindan in Babynahrung, Anreicherungen im Fettgewebe und die bekannten Belastungen der Muttermilch machen deutlich, daß wir aus Vorsorge die Belastung unserer

Lebensmittel mit Umweltgiften insbesondere für Babys soweit wie möglich verhindern müssen. Dazu müssen die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln europaweit weiter eingeschränkt und Produkte aus dem biologischen Anbau mit Vorrang für die Babyernährung genutzt werden.

2. Der Deutsche Bundestag fordert daher die Bundesregierung auf,
 - 2.1 Vorschläge für die Novellierung des Lebensmittel- und Bedarfsgegenständengesetzes vorzulegen, um Informations-, Warn- und Rückholpflichten der Gesundheitsbehörden und der Anbieter von Lebensmitteln eindeutig zu regeln, wenn Grenzwertüberschreitungen und verbotene Schadstoffbelastungen festgestellt werden, auch wenn keine besondere Gesundheitsgefährdung vorliegt;
 - 2.2 sich für europaeinheitliche Grenzwerte für Pflanzenschutzmittel in Diät- bzw. Babynahrung wie bei Trinkwasser einzusetzen, und die strengen Maßstäbe der deutschen Diätverordnung für die Europäische Union durchzusetzen;
 - 2.3 sich für ein europaweites Verbot der Herstellung, des Inverkehrbringens und der Anwendung von den schwer abbaubaren Pflanzenschutzmitteln einzusetzen, die häufig in der Muttermilch und im Grundwasser in erheblichen Mengen gefunden werden;
 - 2.4 sich für europaeinheitliche wirksamere Kontrollen von Lebensmitteln insbesondere beim Produzenten, eine einheitliche Kennzeichnung der Herkunft und der Herstellungsart von Lebensmitteln und einheitliche Regelungen für Rücknahme bzw. Rückholpflichten einzusetzen und dem Deutschen Bundestag über die Umsetzung der Überwachungsrichtlinie 89/397/EWG und der Verordnung (EWG) Nr. 315/93 zur Festlegung von Kontrollverfahren von Kontaminanten in Lebensmitteln in den EU-Mitgliedstaaten einen Bericht vorzulegen bzw. bei der EU-Kommission anzufordern. Dabei ist darzulegen, was die Bundesregierung zu tun gedenkt, um die Interessen der deutschen Verbraucher wirksamer zu schützen;
 - 2.5 die freiwillige Verpflichtung einiger Babynahrungshersteller, nur Produkte aus dem kontrollierten biologischen Anbau zu verwenden, zu unterstützen und möglichst alle Hersteller zu veranlassen, dem zu folgen;
 - 2.6 die Umstellung auf ökologische Anbaumethoden stärker auf nationaler und europäischer Ebene als bisher zu fördern, und die regionale, verbrauchernahe Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung von hochwertigen Lebensmitteln zu unterstützen.

Bonn, den 27. Mai 1994

Klaus Lennartz
Susanne Kastner
Lieselott Blunck (Uetersen),
Horst Sielaff
Michael Müller (Düsseldorf)
Hermann Bachmaier
Friedhelm Julius Beucher
Ursula Burchardt
Marion Caspers-Merk
Peter Conradi
Dr. Marliese Dobberthien
Ludwig Eich
Lothar Fischer (Homburg)
Arne Fuhrmann
Monika Ganseforth
Karl Hermann Haack (Extertal)
Dr. Liesel Hartenstein
Renate Jäger
Klaus Kirschner
Siegrun Klemmer
Dr. Hans-Hinrich Knaape
Horst Kubatschka
Dr. Klaus Kübler

Ulrike Mehl
Jutta Müller (Völklingen)
Dr. Helga Otto
Horst Peter (Kassel)
Dr. Martin Pfaff
Manfred Reimann
Gudrun Schaich-Walch
Otto Schily,
Horst Schmidbauer (Nürnberg)
Regina Schmidt-Zadel
Karl-Heinz Schröter
Dietmar Schütz
Dr. R. Werner Schuster
Ernst Schwanhold
Antje-Marie Steen
Dr. Peter Struck
Uta Titze-Stecher
Hans Georg Wagner
Wolfgang Weiermann
Reinhard Weis (Stendal)
Matthias Weisheit
Dr. Axel Wernitz
Hans-Ulrich Klose und Fraktion

